

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 66 848 ppbn d



## Inhalt

Dr. Rudi Arndt MdEP, Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments, setzt sich mit den Jalta-Außerungen von US-Präsident Reagan auseinander: Gefährliche Umdeutung.

Seite 1

Dr. Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages, kommentiert den Ausgang der UNIDO-Konferenz in Wien: Rückschlag für Nord-Süd-Dialog. Seite 3

Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, weist auf den Widerspruch zwischen positiven Ankündigungen von Familienminister Geißler und dem realen Sozialabbau hin: Schlimme Zeiten für Frauen.

Seite 4

Klaus Daubertshäuser MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages, wirft der Bundesregierung vor, die Bahn zu benachteiligen: Grenzkontrolle im Zug bleibt.

Seite 6

39. Jahrgang / 160

21. August 1984

Gefährliche Umdeutung

Mit seinen Äußerungen zu Jalta stört Reagan den Entspannungsprozeß in Europa

Von Dr. Rudi Arndt MdEP

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments

Die Europäer - jedenfalls die westliche Mutation - haben von den Vereinigten Staaten mehr als Coca Cola; sie verdanken ihnen auch die Befreiung vom Hitler-Faschismus. Aber einmal erworbene Verdienste sind nicht unbegrenzt haltbar - schon mancher Erbe großer Tradition verspielte Haus und Hof:

Ronald Reagan beispielsweise hat es doch offensichtlich darauf angelegt, uns Europäern - und zwar westlichen wie östlichen - das Fürchten zu lehren. Pausenlos, fast besessen, sabotiert er die von allen wesentlichen Staaten Europas befürwortete Politik des Interessenausgleichs.

Nachrichten aus dem Sommerloch:

- Reagans Bombardierungs-"Scherz" war geschmacklos und so schlimm, daß ihn niemand mehr vergißt - gewiß auch kein Vertragspartner, - um welche Abkommen es sich auch immer handeln mag. Der Mann hat keinen Kredit mehr. Man fürchtet jedes Wort.



- Jetzt interpretiert Reagan jene Verträge der Alliierten neu, mit denen in Jalta die Situation in Europa - wie wir sie heute vorfinden - vereinbart und die 1975 in der KSZE-Schlußakte erneut von den USA bestätigt wurde. Auch diese Bemerkungen Reagans haben allein den Sinn, den Entspannungsprozeß in Europa zu stören.

Alle europäischen Probleme (einschließlich der sogenannten deutschen Frage) lassen sich nur lösen, wenn man anerkennt, daß sich auf unserem Kontinent souveräne Regierungen gegenüber sitzen. Wer

- ihre staatliche Ordnung prinzipiell verwirkt,
  - ihren Handlungsraum mißachtet
  - oder ihre Bündnis-Loyalität in Zweifel zieht beziehungsweise unterminiert,
- bindet sie um so fester an eine der beiden Supermächte.

Deshalb sind Reagans Jalta-Äußerungen meines Erachtens gewollt kontraproduktiv. Egoistisch sieht er ein Zusammenrücken des Warschauer Pakts lieber als eine Liberalisierung. Denn nur so kann er natürlich innen- und bündnispolitisch das Buhmann-Bild besser nutzen.

In dieser Logik der Worte und Taten des US-Präsidenten liegt, daß 1985 der Warschauer Pakt neu ausgehandelt wird. Jeder kennt die Sonderentwicklungen im östlichen Verteidigungsbund - etwa in Rumänien. Im westlichen Bündnis gibt es ähnliche. Sollte der Warschauer Pakt-Folge-Vertrag eine liberalere Handschrift tragen oder Zeugnis von mehr Selbständigkeit der Vertragspartner ablegen, mußte Reagan befürchten, daß auch im Nato- und Asean-Bereich ähnliche Tendenzen stärker würden. Setzten sich jedoch im Ost-Block die Zentralisten durch, wäre dies auch Wasser auf die Mühlen der Scharfmacher in Washington und Brüssel.

Es liegt auf der Hand: Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Der Kalte Krieger Reagan betreibt das Geschäft der Kalten Krieger im Kreml. Die Europäer - West und Ost - müssen wachsam sein und ihre Interessen geschlossen wahren.

Ronald Reagan hat als Hollywood-Schauspieler wirklich sein Wild-West-Fach beherrscht. Für die Aufgabe eines Präsidenten der Führungsmacht der westlichen Welt taugt diese Farmer-Philosophie jedoch nicht: Alles, was mir gehört und mir nutzt, ist gut - aber jenseits des Weidezauns beginnt das Reich des Bösen, der Mörder und Viehdiebe. Er mag voller guten Willens - für sich und die seinen - sein. Nur es nutzt uns nichts, wenn er beteuert: Es war alles gut gemeint. Man kann die Ponterosa-Ranch so führen, aber nicht die größte Macht der Welt.

(-/21.8.1984/va-he/rs)

+ + +



**Besorgniserregender Rückschlag**  
-----

Zum Ausgang der 4. Konferenz der UN-Organisation für  
Industrielle Entwicklung (UNIDO) in Wien

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Die Reihe der Rückschläge für den Nord-Süd-Dialog ist besorgniserregend lang geworden. Keine wichtige internationale Konferenz, die sich in den letzten Jahren mit den Beziehungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern befaßt hat, ist ein Fortschritt in Richtung auf jene leistungsfähige, gerechte und soziale internationale Wirtschaftsordnung gewesen, die der Deutsche Bundestag in seinem von allen Fraktionen getragenen Beschluß vom 5. März 1982 zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung gefordert hat.

Die 4. Konferenz der Organisation für industrielle Entwicklung der Vereinten Nationen in Wien mußte scheitern, weil die westlichen Industriestaaten unter Führung der USA wieder einmal ohne eigenes Konzept angetreten sind und sich auf die Ablehnung von Forderungen der Entwicklungsländer beschränkt haben. Sie konnte sich nicht einmal darauf einigen, die wichtigsten Ursachen für die derzeitige weltwirtschaftliche Misere beim Namen zu nennen. Besonders erschrecken muß der Mangel an Lernwilligkeit und Lerntätigkeit der US-Administration. Erschrecken muß auch, wie sehr die Uneinsichtigen in Washington ihre wichtigsten Verbündeten in ihr Kielwasser zwingen können.

Wenn nicht einmal zur Kenntnis genommen werden darf, wie sich die Hochzinspolitik der USA und ihr defizitärer Außenhandel, der immer weiter um sich greifende Protektionismus und die sinkende Investitionsbereitschaft auf die wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt auswirken - wie soll dann je eine fortschrittliche, zukunftsorientierte Nord-Süd-Politik möglich sein?

Angesichts dieser Verböhrtheit in Washington kommt der Bundesregierung eine besondere Verantwortung zu. Sie muß die von ihr so hochgerühmte Freundschaft mit der Reagan-Administration nutzen, um ihr eindringlich klarzumachen, daß eine Fortsetzung ihrer Politik geradewegs in das von vielen Experten befürchtete Chaos führt: in eine Welt voll Schmutz und Elend, voll Haß und Gewalt. Sie muß darauf pochen, daß es nicht um die Ideologie der Marktwirtschaft geht, und auch nicht um den Konflikt mit dem Osten, sondern darum, daß der Dritten Welt endlich eine realistische Möglichkeit zu einer eigenständigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung geboten wird. Sie muß ihr klarmachen, daß nur so die Chance besteht, den uns nachkommenden Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen.  
(-/21.8.1984/vo-he/rs)

+ + +



### Schlimme Zeiten für Frauen

-----

Positiven Ankündigungen der Regierung steht der reale Sozial-Abbau gegenüber

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Der Bundesfamilienminister, um propagandistische Einfälle selten verlegen, hat "Frauen in der Bundesrepublik Deutschland" vorgestellt, eine Broschüre, die neben einer Situationsanalyse auch über die frauenpolitischen Maßnahmen und Absichten der Bundesregierung informiert.

In diesem Bericht wird auf Benachteiligungen von Frauen im Arbeitsleben hingewiesen, auf Schwierigkeiten der jungen Mädchen, trotz ihrer besseren schulischen Abschlüsse einen Ausbildungsplatz zu finden, daß das Arbeitsleben familienfreundlich organisiert werden muß - wer wollte diese Feststellungen in Zweifel ziehen. Besonderes Interesse verdient daher jener Teil des Frauenberichts, in dem es um die politischen Konsequenzen, die Maßnahmen der Bundesregierung geht.

Die Frauenpolitik der Bundesregierung, so heißt es dort, wolle in Problemlagen unterstützen und helfen und habe zum Ziel, strukturelle Benachteiligungen abzubauen. Soweit - so gut. Aber weshalb, so bleibt zu fragen, hat diese Bundesregierung die Ausbildungsförderung so drastisch beschnitten, daß Mädchen aus Familien mit kleinem Einkommen praktisch keine Chancen mehr haben, eine weiterbildende Schule zu besuchen und eine darauf aufbauende qualifizierte Ausbildung zu beginnen? Weshalb hat diese Bundesregierung den erwerbstätigen Müttern, die sich vier Monate lang der Betreuung ihres Kleinstkindes widmen und während dieser Zeit weder Lohn noch Gehalt beziehen, den sicherlich nicht zu üppig bemessenen pauschalen Verdienstaufschlag von 750 DM auf 510 DM monatlich gekürzt? Weshalb hat diese Bundesregierung dafür gesorgt, daß Hausfrauen praktisch keinen Anspruch auf eine Berufs- oder Invaliditätsrente mehr haben, wenn sie erst ein paar Jahre lang aus dem Beruf ausgeschieden sind? Sozialdemokraten haben hier das Engagement des für Frauenfragen zuständigen Bundesministers vermißt.

Es ist schon eine merkwürdige Interpretation von Frauenpolitik, die angeblich in Problemlagen unterstützen und helfen will, aber andererseits zweifelhafte Moralvorstellungen in das Scheidungsfolgenrecht einbaut, wie ein Referentenentwurf aus dem Bundesjustizministerium zeigt, einzig und allein mit dem Ziel, den Unterhalt an geschiedenen Frauen zu kürzen.

Wie läßt sich ferner die Ankündigung der Bundesregierung, man wolle strukturelle Benachteiligungen der Frauen abbauen, mit ihren Vorschlägen zur Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung vereinbaren, durch die keine Frau auch nur einen zusätzlichen Pfennig mehr Rente erhält, geschweige denn eine rentensteigernde Anrechnung von Babyjahren? Eine strukturelle Benachteiligung wird auch nicht etwa dadurch abgebaut, daß man einen Elternurlaub einführt, ohne gleichzeitig einer jungen Mutter den Arbeitsplatz zu garantieren, wenn sie sich ein paar Monate lang der Kindererziehung widmet.

Die persönliche Auffassung des Bundesfamilienministers, während dieser Zeit müsse der Arbeitsplatz garantiert bleiben, ersetzt indes keinen Kabinettsbeschuß, dem insbesondere die maßgeblichen Wirtschafts- und Arbeitsminister zugestimmt haben. Unter diesen Umständen kann man keiner Mutter eines Kleinstkindes zuraten, auf eine solch vage Aussage hin einen mehrmonatigen Erziehungsurlaub anzutreten, wenn sie an ihren Arbeitsplatz zurückkehren will.



Gleichberechtigung und Chancengleichheit lassen sich auch nicht etwa dadurch verwirklichen, wenn - wie von dieser Wende-Koalition vielfach erprobt - Hausfrauen gegen erwerbstätige Frauen oder junge Frauen gegen Rentnerinnen ausgespielt werden.

Mit dem vorgelegten Frauenbericht hat diese Bundesregierung aufs Neue ihr Geschick darin bewiesen, wie weit ihre Ankündigungen und Versprechungen von ihrer tatsächlich durchgesetzten Politik entfernt sind. Darin ist sie sich auch in der jetzt vorgelegten Frauenbroschüre treu geblieben. Und folgt man der jüngsten Äußerung von Bundeskanzler Kohl vom Wochenende "die ungewöhnlich erfolgreiche Regierung macht so weiter, wie sie angefangen hat", stehen uns in der Frauenpolitik, nach allem, was wir in den letzten beiden Jahren erlebt haben, noch schlimme Zeiten bevor.

Wir appellieren an Bundesminister Geißler, zu beweisen, daß er sich wirklich für eine konstruktive Politik für Frauen stark macht und es nicht nur bei Ankündigungen bewenden läßt. Der gute Frauenminister - so haben es Sozialdemokraten in ihren zehn Geboten umrissen - lobt seine Politik erst dann als frauenfreundlich, nachdem er erreicht hat, daß die 2,5 Milliarden DM, die seine Regierung den Frauen in den letzten beiden Jahren unter anderem an Ausbildungshilfe, Mutterschaftsurlaubsgeld und anderen Leistungen gestrichen hat, den Frauen wieder zurückgegeben würden.

Auf diesen Beweis, Herr Bundesminister Geißler, warten wir!

(-/21.8.1984/vo-he/rs)

+ + +



**Grenzkontrolle im Zug bleibt**  
-----

Die Bundesregierung diskriminiert und benachteiligt die Bahn

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Diese Bundesregierung hat keinerlei Gespür für die Situation des Verkehrs-Systems Schiene. Gerade die Diskussion um den Wegfall der Grenzkontrollen im Personen-Reiseverkehr hat dies wieder einmal eindrucksvoll unterstrichen.

Hier soll nicht das "Hick-Hack" über die Maßnahme als solche bewertet werden. Also zunächst die Ankündigung des völligen Verzichts auf die Grenzkontrollen, dann die Berichtigung auf "weitgehende Lockerung" durch die Einführung einer sogenannten "Europaspur", die die Möglichkeit schaffen soll, den Straßenverkehr weitgehend unbehindert fließen zu lassen.

Wo bleibt eine vergleichbare Regelung für den Schienenverkehr?

Eine entsprechende Regelung auch für den grenzüberschreitenden Reise-Zugverkehr auf der Schiene ist notwendig und auch möglich.

Durch die schlampige und nachlässige Verhandlungsführung der Bundesregierung wurde erneut die Bundesbahn und damit das Verkehrssystem Schiene gegenüber der Straße benachteiligt.

Die Bundesregierung hat es versäumt, eine Verlagerung der Grenzkontrollen in den fahrenden Zug vorzunehmen. Dadurch kommt es weiter zu langen Aufenthalten für die Reisezüge an den Grenzbahnhöfen.

Dies wirkt sich für die Bahnreisenden über die längeren Reisezeiten sehr negativ aus. Dies ist bestimmt nicht verkehrswerbend für das Verkehrssystem Schiene. Hinzu kommt, daß diese langen Unterwegshalte für die einzelnen Bahn-Unternehmen auch einen Kostenfaktor darstellen.

Fazit: Die liederliche Verhandlungsführung der Bundesregierung - die offensichtlich nur an Show-Effekten interessiert war - hat dazu geführt, daß die Schiene neue Wettbewerbsverzerrungen zu ihren Lasten hinnehmen muß, denn mit Sicherheit bedeutet das neue Verfahren für Omnibusse und Pkw einen beachtlichen Vorteil im Wettbewerb zur Schiene.

Ich fordere die Bundesregierung auf, schleunigst nachzuverhandeln mit dem Ziel einer Gleichbehandlung für den grenzüberschreitenden Schienenverkehr. (-/21.8.1984/bgy/rs)

+ + +

